

IZT

Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung

Institute for Futures Studies and Technology Assessment

**Notwendigkeit und Machbarkeit
eines eigenständigen Klimaschutzpro-
gramms für das Land Brandenburg**

Rolf Kreibich

Arbeitsbericht Nr. 4/2004

**Zur öffentlichen Anhörung vor dem Landtag Brandenburg am 19. Februar 2003
im Landtag Brandenburg in Potsdam**

Inhaltsverzeichnis

1	Globale Rahmenbedingungen.....	3
2	Rahmenbedingungen Bundesrepublik Deutschland.....	3
3	Die Situation im Land Brandenburg.....	4
4	Literatur	9

1 Globale Rahmenbedingungen

Die grundlegende Bedeutung einer wirksamen Klimaschutzpolitik für das Leben auf der Erde, insbesondere auch die menschlichen Lebengrundlagen, ist spätestens seit der Rio-Konferenz der UN für Umwelt und Entwicklung im Jahre 1992 unbestritten. Die Verabschiedung der Klimarahmenkonvention bildet seither eine erste Grundlage für einen Rahmen, in dem sich die internationale Staatengemeinschaft zu gemeinsamen klimapolitischen Strategien und Maßnahmen verpflichtet hat. Seitdem haben weitere 8 Vertragsstaatenkonferenzen stattgefunden. Auf der Konferenz in Berlin und mehr noch auf der Konferenz in Kyoto wurden wichtige strategische Instrumente und eine Reihe quantifizierbarer Maßnahmen festgelegt. Das Kyoto-Protokoll ist zur Zeit die wichtigste globale Vereinbarung. Es wurde bisher von 96 Staaten (u.a. von Deutschland und den anderen EU-Mitgliedsländern) ratifiziert und wird voraussichtlich nach der Ratifizierung durch Rußland, die für Frühjahr 2003 angekündigt ist, im Sommer dieses Jahres in Kraft treten. Die am 1. November 2002 in Neu Delhi durchgeführte achte Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonferenz hat mit der Verabschiedung der „Delhi-Erklärung über Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung“ keine relevanten neuen Tatbestände geschaffen. Das muss bedauert werden, denn der Konferenz lag der Mitte 2001 veröffentlichte Sachstandsbericht des internationalen Klimaforschungsgremiums IPCC (Intergovernmental Panel of Climate Change) vor, das seine früheren Prognosen über den Temperaturanstieg infolge anthropogener Treibhausgasemissionen und seine Folgen für den Klimawandel und die Lebensbedingungen auf der Erde erheblich verschärfte und eindringlich drastische Minderungen der Treibhausgasemissionen forderte.

2 Rahmenbedingungen Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich im Zusammenhang mit den globalen Klimaschutzanstrengungen dazu verpflichtet

- eine Senkung der CO₂-Emissionen, also des wichtigsten Treibhausgases, bis zum Jahr 2005 um 25% zu erzielen und
- eine Reduzierung aller Treibhausgase bis zum Jahr 2020 um 40% zu erreichen - Basisjahr ist jeweils 1990.

Die Bundesregierung hat in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland - „Perspektiven für Deutschland“ - ebenso wie der Rat für Nachhaltige Entwicklung in seinem Grundsatzpapier „Ziele zur Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland - Schwerpunktthemen“ das Handlungsfeld „Klimaschutz und Energie“ an erster Stelle behandelt.

In den „Perspektiven für Deutschland“ formuliert die Bundesregierung zusätzlich folgende Klimaschutz- und energiepolitischen Ziele:

- Verdopplung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärverbrauch auf 4,2% sowie am Stromverbrauch auf 12,5% bis zum Jahre 2010 (Basisjahr 2000).
- Erhaltung, Modernisierung und Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung mit einer zusätzlichen Minderung der CO₂-Emissionen von 10 Mio. t bis 2005 und 23 Mio. t bis 2010 (Basisjahr 1998).
- Energieeinsparung und Erhöhung der Energieeffizienz in Haushalten, Verkehr, Industrie und Energiewirtschaft entsprechend dem Maßnahmenkatalog des Nationalen Klimaschutzprogramms vom 18.10.2000.

Der Rat für Nachhaltigkeit geht in seinen Forderungen zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und Minimierung der Risiken von Klimafolgen noch erheblich weiter:

- Minderung der energiebedingten CO₂-Emissionen bis 2020 um 40%, bis 2050 um 80% auf der Basis von 1990.
- Minderung des Primärenergieverbrauchs von 2000 bis 2050 um 16%.
- Minderung des Endenergieverbrauchs der Haushalte und des Verkehrs als Effizienzindikator und Unterziel von 2000 bis 2050 um 15%.
- Minderung des Endenergieverbrauchs von Industrie und Dienstleistungssektor als Indikator und Unterziel für Energieeffizienz und Strukturwandel von 2000 bis 2050 um 35%.
- Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch als Indikator für Ressourcenschonung, Klimaschutz und Versorgungssicherheit bis 2010 auf 8% und 2020 auf 15%.

Diese zweifellos ehrgeizigen Ziele des Rates für Nachhaltige Entwicklung sind in erster Linie Ausdruck des dringend erforderlichen Klimaschutzes, der langfristigen Erhaltung der Versorgungssicherheit und des gezielten Übergangs in einen wirtschaftlichen Strukturwandel auf der Basis von Energieeffizienz und regenerativen Energien. Die Ziele sind keine Phantome, sondern prinzipiell erreichbar und machbar.

3 Die Situation im Land Brandenburg

Wie stellt sich aus der Sicht dieser Rahmenvorgaben die Situation in Brandenburg dar? Und wird ein eigenständiges Klimaschutzprogramm in Brandenburg gebraucht?

Die Landesregierung weist zu Recht auf die Erfolge der Verringerung des Primärenergieverbrauchs und der energiebedingten CO₂-Emissionen von 1990 bis 1997 mit ca. 34% bzw. 39% hin. Die Gründe hierfür sind bekannt und wurden zuletzt in „Der ener-

geopolitische Handlungsrahmen des Landes Brandenburg bis zum Jahre 2010 - Energiestrategie 2010“ und im „Immissionschutzbericht 2002“ dargestellt.

Bedeutsam ist aber jetzt die Tatsache, dass seit 1998 der Primärenergieverbrauch und die CO₂-Emissionen in Brandenburg wieder ansteigen. Die Energiestrategie 2010 enthält die alarmierende Aussage: „Trotz der Effizienzsteigerung in allen Branchen wird jedoch insgesamt ein Anstieg des Endenergieverbrauchs um etwa 33% (bis zum Jahr 2020) erwartet. Hauptursachen dafür sind das industrielle Wachstum und der Verkehr.“ (Energiestrategie 2010, S. 12). Es besteht also dringender Handlungsbedarf in der Energie-, Emissions- und Klimapolitik.

Braucht es dafür ein gesondertes Klimaschutzprogramm?

Es gibt keinen Zweifel, dass die globalen Klimaveränderungen auch Auswirkungen auf das Land Brandenburg haben, so zum Beispiel

- Zunahme von Wetterextremen
- Zunahme von Menge, Stärke und Häufigkeit von Wind
- Zunahme starker Temperaturschwankung
- Zunahme von Wasserextremen: Hochwasser und Trockenheit.

Ich vermute, dass wie in ganz Deutschland auch in Brandenburg die Versicherungskosten und insbesondere auch die Versicherungsleistungen erheblich gestiegen sind.

Ein Klimaschutzprogramm für das Land Brandenburg hat sicher keine unmittelbar messbaren Auswirkungen auf die globalen Klimaveränderungen. Trotzdem würde ich ein solches Programm aus einer Reihe von Gründen für notwendig und nützlich halten.

1. Ich bin kein Klimaforscher, meine aber, dass die Analyse der Wirkungen und Folgen globaler Klimaveränderungen auf Brandenburg wichtig ist - insbesondere im Hinblick auf Schutz- und Präventivmaßnahmen (Wind, Wasser, Boden).

2. Angesichts der dramatischen globalen Klimafolgen und der Möglichkeiten und Chancen, die Europa und Deutschland mit einer forcierten Klimaschutzstrategie sowohl ökologisch als auch ökonomisch verbinden kann, halte ich eine Vorreiterrolle für dringend geboten. Das gilt dann auch für Brandenburg.

Da ist in erster Linie die Wirkung einer glaubwürdigen deutschen Rolle auf andere Länder wichtig im schwierigen Ringen um wirksame internationale Klimaschutzvereinbarungen. Da sind aber auch die Vorteile von Effizienzstrategien, Nutzung regenerativer Energien und eines rationalen Energieverbraucherhaltens als Motoren für den wirtschaftlichen Strukturwandel, für Innovationsimpulse, Verringerung volkswirtschaft-

lich schädlicher Umweltkosten und für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung besonders hervorzuheben.

3. Ein Klimaschutzprogramm könnte die vorgelegte Energiestrategie 2010 vor allem dort ergänzen, wo sie noch Lücken aufweist und im Hinblick auf ehrgeizige Zielsetzungen zu defensiv ist. Die Energiestrategie 2010 hat das Leitziel der nachhaltigen Entwicklung bzw. der „nachhaltigen Energiepolitik“. Vor dem Hintergrund der Ziele und Forderungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung müssen dann aber verschiedene Handlungsbereiche offensiver angegangen werden. Das bezieht sich insbesondere auf:

- *Handlungsbereich: Neubau, Gebäudesanierung und -modernisierung*

Dieser Handlungsbereich bietet hohe Einsparpotentiale, wenn die Zielvorgaben Niedrigenergie- und Passivenergiehausstandards konsequent durchgesetzt werden. Grundlage für alle Wohn-, Gewerbe- und Bürobauten sollten höchste Wärmedämmstandards, effiziente Heizungsanlagen sowie ökologische und solare Bauweisen sein. Besonders wichtig ist die energieeffiziente Altbausanierung.

- *Handlungsbereich: Verkehr/ Mobilität/ Stadtentwicklung*

Hierzu hat der Ausschuss für Immissionsschutz des Landes Brandenburg einen Maßnahmenkatalog für ausgesuchte Handlungsfelder „Maßnahmen zur Reduzierung der Umweltbelastungen durch Ruß, Benzol, Ozon, CO₂ und Lärm“ verabschiedet, der im März 2000 der Landesregierung zugeleitet wurde. Dieser Maßnahmenkatalog, der sich in erster Linie auf Vorschläge für eine umweltschonende Gestaltung von Mobilität, Raumordnung und Stadtentwicklung bezieht, wurde bisher nur ungenügend in die offiziellen landespolitischen Perspektiven für einen ressourcenschonenden Personen- und Güterverkehr und eine ressourcenschonende Energie-, Klima- und Stadtpolitik einbezogen.

- *Handlungsbereich: Entwicklung und Einsatz erneuerbarer Energien*

Vor dem Hintergrund der großen Chancen, die die erneuerbaren Energien mittel- und langfristig für eine wirtschaftliche und landwirtschaftliche Struktur- und Innovationspolitik sowie eine lebenserhaltende Energie- und Klimapolitik bieten, sind die Vorgaben des Landes in der Energiestrategie 2010 zu defensiv. Hier sollte sich das Land an den Zielen des Rates für Nachhaltige Entwicklung orientieren und vor allem die Biomassenutzung, die passive und aktive Solarthermie und die Photovoltaik erheblich forcierter angehen als bisher geplant. Es kann keinen Zweifel geben, dass die Sonnenenergie die entscheidende Energiegrundlage des 21. Jahrhunderts sein muss und sein wird. Wer auf diesem Gebiet in Zukunft die besten Innovationen, Techniken und Einsatzpotentiale aufzuweisen hat, wird im ökonomischen und ökologischen Wettbewerb ganz vorn sein.

Mit Blick auf die Braunkohle in Brandenburg möchte ich aus meiner langjährigen Tätigkeit im Ruhrgebiet auf Gelsenkirchen verweisen. Die Stadt Gelsenkirchen, das Herz des Ruhrgebietes, hat es mit ihrer offensiven Strategie geschafft, zu einem der wichtigsten Zentren erneuerbarer Energien in Deutschland zu werden. Früher hieß der Slogan „Gelsenkirchen - die Stadt der tausend Feuer“, heute wirbt die Stadt mit dem Slogan „Gelsenkirchen - die Stadt der tausend Sonnen“.

Da das vorhandene Potential an Biomasse in Brandenburg nach einer Studie des Landwirtschaftsministeriums 17,5% der Primärenergie des Landes ausmacht, sollte das nutzbare Potential ganz erheblich über die bisherige Nutzung von ca. 0,6% gesteigert werden können.

Der Ausschuss für Immissionsschutz des Landes Brandenburg hat im Juli 2000 „Empfehlungen für ein Konzept zur nachhaltigen Energieerzeugung und -verwendung in Brandenburg“ beschlossen. Auch dieses Papier enthält zahlreiche Empfehlungen zur Senkung des Energieverbrauchs und zur Nutzung Erneuerbarer Energien, die über die Energiestrategie 2010 hinausgehen und für eine offensivere Klimapolitik herangezogen werden sollten.

In Anbetracht der begrenzten Vortragszeit möchte ich nur noch schlagwortartig die Bereiche benennen, die meines Erachtens noch einer weiterreichenden Energie- und Klimapolitik bedürfen:

- *Erschließung der noch vorhandenen Effizienzpotentiale in der Energiewirtschaft und in der sonstigen Industrie und im Gewerbe*

Stichworte: Effizienzerhöhung der Kraftwerkstechnik, kostengünstige Erstellung von Energiedienstleistungen, energieintensive/ CO₂-arme Produktionskreisläufe, Kraft-Wärme-Kopplung, Handel mit Emissionsrechten.

- *Energetische Sanierung und Effizienzsteigerung im öffentlichen Bereich*

Stichworte: Kommunales Energiemanagement, Contracting- und Intracting-Lösungen für öffentliche Liegenschaften.

- *Aufklärungs- und Beratungskampagne für ein rationelles Energiesparverhalten der Bürger, vor allem im Hinblick auf Einsparungen im Haushalt (Heizung, Gerätekauf und Gerätenutzung) sowie hinsichtlich des Mobilitätsverhaltens (ÖPNV, Fahrrad, Car-Sharing etc.).*

Der Ausschuss für Immissionsschutz des Landes Brandenburg hat im April 1998 auf der Grundlage eines Gutachtens des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie GmbH „Chancen für eine Energieeffizienzstrategie im Land Brandenburg“ einen Beschluss gefasst, der zahlreiche Handlungsvorschläge und deren ökonomische und kli-

maschützenden Wirkungen enthält. Auch dieser Beschluss und seine Anlagen enthalten eine Reihe von Vorschlägen, die für eine offensive Energie- und Klimapolitik im Land Brandenburg noch nicht hinreichend ausgeschöpft wurden.

Fazit: Ein Klimaschutzprogramm des Landes Brandenburg könnte nützlich sein, wenn es konkrete Ziele und Handlungsmaßnahmen im Hinblick auf Witterungsextreme, Wassermanagement, landwirtschaftliche Folgen sowie Energieeffizienzsteigerung und Einsatz regenerativer Energien formuliert und hierfür die institutionellen und finanziellen Umsetzungskapazitäten aufzeigt und bereithält.

4 Literatur

Ausschuss für Immissionsschutz des Landes Brandenburg: Empfehlungen für ein Konzept zur nachhaltigen Energieerzeugung und –versorgung in Brandenburg (Beschluss des Ausschusses für Immissionsschutz) (Juli 2000) (Im Internet: www.brandenburg.de/land/mlur/politik/limscha.html; 20.3.2004)

Die Bundesregierung (Hrsg.): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung (Berlin 2002)

Landesregierung Brandenburg (Hrsg.): Energiestrategie 2010 - Der energiepolitische Handlungsrahmen des Landes Brandenburg bis zum Jahre 2010. Ein Bericht der Landesregierung (Juni 2002)

Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg (Hrsg.): Immissionsschutzbericht des Landes Brandenburg (September 2002)

Rat für nachhaltige Entwicklung (Hrsg.): Ziele zur Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland – Schwerpunktthemen. Dialogpapier des Nachhaltigkeitsrates (Im Internet: www.nachhaltigkeitsrat.de/n_strategie/dialogpapier/index.html; 20.3.2004)

Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie GmbH: Chancen für eine Energieeffizienzstrategie im Land Brandenburg. Gutachten im Auftrag des Ausschuss für Immissionsschutz des Landes Brandenburg (April 1998)